

Wahrende Vertreter zu erfolgen, wobei ihnen technische Ge-
hilfen zuzuordnen wären.

Als Maximalarbeitstag wäre allgemein der
Achtstundentag zu fordern. Schwieriger ist die Frage, was
als Mindestforderung für den normalen Stunden-
lohn der Arbeiter, sowie für die besondere Vergütung bei
Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit angesehen werden
muss und welche Lohnzahlung sich empfiehlt, ob insbeson-
dere den Arbeitern außer dem bar zu zahlenden Lohn freie
Wohnung, freie Arbeitskleidung und die Verpflegung ge-
währt werden soll. Sodann muss auch eine Verständigung
über den Anspruch auf Heimaturlaub erzielt werden;
die Arbeiter, insbesondere die Verheirateten unter ihnen,
müssen mehrmals im Jahre Gelegenheit haben, nach
Deutschland zurückzukehren. Besondere Beachtung verdient so-
dann die Mindestforderung über die auf die Arbeiter anzu-
wendende Gerichtsbarkeit. Für alle Zivilstreitigkeiten wird
man die fremde Gerichtsbarkeit ausschließen können. Die
Entscheidung für Streitigkeiten der Arbeiter untereinander
sowie für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis dürfte
einer Schlichtungsstelle zu übertragen sein, deren Mitglieder
aus der Mitte der Arbeiter gewählt werden. Gegen die Ent-
scheidung der Schlichtungsstelle könnte ein Rekurs an ein
deutsches Gericht vielleicht erwägenswert sein. Bei der
Strafgerichtsbarkeit wären bei geringeren Delikten mit
Frankreich und Belgien Vereinbarungen zu treffen.

Zur Erhaltung der Disziplin dürften Strafgelder, Ver-
warnung mit Ausschluss von der Fortsetzung der Arbeit in
Frankreich und der Ausschluss von der Arbeit als geeignete
Mittel erscheinen. Die Kontrolle der Strafen und die letzte
Entscheidung darüber müsste aber der Arbeiterschaft selbst
vorbehalten bleiben.

Selbstverständlich ist, dass den Arbeitern günstige Schlaf-
und Wohnräume sowie Einrichtungen, die für eine behag-
liche und gesunde Lebensführung erforderlich sind, zur Ver-
fügung gestellt werden. Auch wird den Arbeitern freie ärzt-
liche Hilfe zu gewähren sein, wobei durch Kontrolleinrich-
tungen der Arbeitsvertretung eine Behandlung, wie sie
früher in militärischen Krankenhäusern oder Lazaretten an
der Tagesordnung war, unbedingt vermieden werden muss.
Ebenso selbstverständlich ist, dass den geistigen Ansprüchen
der Arbeiter durch Mittel, die sie mit der Heimat in dauer-
hafter Verbindung halten, Rechnung getragen werden muss.

Nur wenn Mindestforderungen der Arbeiterschaft,
diese aber reiflos erfüllt werden, wird die deutsche Regie-
rung imstande sein, die erforderliche Anzahl von Arbeitern
zu bekommen. Durch den Wiederaufbau könnte dann auch
ein Werk geschaffen werden, das geeignet wäre, zur Ver-
ehrung der Völker beizutragen.

Rechtssozialistischer Prinzipienverrat.

Bewegung der Militärjustiz. — Preisgabe der Wahl
der Richter durch das Volk.

Der gestrige Beschluss der Nationalversammlung in der
Frage der Militärgerichtsbarkeit, durch welchen bestimmt
wurde, dass die Militärgerichtsbarkeit außer für Kriegzeiten
und für die Verhältnisse an Bord aufzuheben seien, dass
aber die näheren Maßregeln erst durch ein zukünftiges
Reichsgesetz zu treffen seien, bedeutet in Wirklichkeit eine
Bewegung dieser Militärjustiz und eine Ver-
schiebung ihrer Abschaffung auf den Rimmerleinstag.
„Mutig“ stellten zuerst die Rechtssozialisten den einzig mög-
lichen Antrag, die Militärgerichtsbarkeit kurzerhand für
aufgehoben zu erklären. Die Erklärungen Noske's,
mit denen er diesen Antrag bekämpfte, stellen ein Gemisch
von Unwahrscheinlichkeit und antisozialistischer Gesinnung dar,
wie sie alles Maß übertritt.

Seit Monaten wird ununterbrochen die Aufhebung der
Militärjustiz gefordert. Seit Monaten war voranzu-
sehen, dass dieser Antrag in der Nationalversammlung bei der
Beratung der Verfassungsfragen gestellt werden würde. Und
nun hat Noske die Stirn, zu behaupten, es sei eine glatte
Unmöglichkeit, die Militärgerichtsbarkeit innerhalb
acht Tagen aufzuheben und die schwebenden Fälle an die

Zivilgerichte zu überweisen. Es ist eine unerhörte Pflicht-
vergessenheit des Reichswehrministers, dass er die erforder-
lichen Vorarbeiten nicht schon längst getroffen hat. Aber
abgesehen davon, ist es unklar und entspricht ganz dem
Stille der Erklärungen der ehemaligen kaiserlichen Regie-
rungsvertreter, wenn erklärt wird, eine sofortige Aufhebung
sei unmöglich. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.
Dieser Wille aber fehlt Noske. Er beugt sich gehorjam der
Diktatur des Militarismus, der er wieder zum Leben ver-
holten hat. Genau so gehorjam aber sind auch seine Parteifreunde,
die auf seine Rede hin sofort ihren Antrag zurück-
zogen. Die Militärjustiz ist mit dem gestrigen Beschlusse
der Nationalversammlung für die Zeit der Herrschaft der
jetzigen Regierung vereiwigt worden.

Auf derselben Tiefe der Gesinnungslosigkeit bewegte sich
die rechtssozialistische Partei bei der Besprechung der Rich-
terfragen. Der Vertreter dieser Partei, Abgeordneter
Kahenstein, sprach sich im Namen seiner Fraktion
gegen den Antrag der unabhängigen So-
zialdemokratie auf Wahl der Richter durch
das Volk an. Dementsprechend stimmte auch die Par-
tei den Antrag glatt nieder. Die rechtssozialistische
Partei hat damit das Erfurter Programm, das ausdrücklich
die Wahl der Richter durch das Volk verlangt, verraten. Noch
ein Schritt weiter auf der Bahn der Preisgabe und des
Verrats der Grundzüge und Forderungen der Sozial-
demokratie.

Rechtssozialisten und Centrum im Reich und in Preußen.

Die Rechtssozialisten in Weimar unterscheiden sich in ihrem
Verhältnis zum Centrum von ihren Parteifreunden in der
preussischen Landesversammlung, allerdings nicht zu ihrem Vor-
teil. Während in Weimar Herr Heinrich Schulz dem in
Sachen von Religionsfragen verknüpfte Centrum alles Ent-
gegenkommen bot und alles erfüllte, was diese reaktionäre Ge-
sellschaft forderte, weisen die Rechtssozialisten in der preussischen
Landesversammlung einen derartigen Aufschub denn doch ab,
obwohl Centrumvertreter aus Preußen nach Weimar gefahren
waren, um dort den Vertretern der preussischen Regierung gehörig
einzuhängen. Am Mittwoch machten die Centrumredner in der
preussischen Landesversammlung in recht unerschämter Weise
einen kräftigen Vorstoß gegen alle diejenigen, die bereit waren,
die Geistlichen als gebotene Vertreter in den Schulkommissionen
nicht mehr anzuerkennen, und sie drohten mit dem Hinweis
auf die rheinische Republik. Der Gesandtenwurf ging an den her-
kömmlichen Unterrichtsminister. Am Mittwoch abend trat dieser
Kaufschuh zusammen zur Beratung des Gesandtenwurfs über die
Aufhebung der geistlichen Ovischulaufsicht. Auch gegen diese
Regierungsvorlage wendete sich das Centrum, das schon durch
seine Vertreter in Weimar die Zurückziehung gefordert hatte.
Mittwoch abend machte die Mehrheit des Ausschusses dem fort-
gesetzten Verschleppungsmanöver der Centrumsmehrheit ein
Ende. Sämtliche Centrumsanträge wurden glatt abgelehnt, die
Regierungsvorlage wurde angenommen. Die Rechtssozialisten
in der preussischen Landesversammlung schrieben sich gegen das
Centrum weniger entgegenkommend zu zeigen als ihre Parteifreunde
in Weimar.

Schuhhaft-Schande.

Zu der Entscheidung des Reichsmilitärgerichts über die Ver-
urteilung von Dr. Ernst Meher gegen den Schuhhaftbeschl
wird uns noch geschrieben:

Ernst Meher führte in längeren Darlegungen vor dem
Reichsmilitärgericht aus, dass seine Partei immer wieder vor be-
waffneten Demonstrationen Fußfesseln und Gewand habe. Auf
dem Gründungsparlament Ende Dezember v. J. habe Rosa
Luxemburg bei der Begründung des von ihr verfassten
Parteiprogramms (Was will der Sozialbund?) mit allem
Nachdruck betont, dass in der gegenwärtigen Phase der Revol-
ution die wirtschaftlichen Kämpfe immer mehr in den
Vordergrund treten und die rein politischen Fragen zurückdrängen
würden. Streiks und Ausbau des Rätebundes neben Demon-
strationen und sonstigen Agitationsmitteln seien die von der
S. P. D. zur Erreichung ihrer Ziele propagierten Methoden. Dar-
gegen seien seit Monaten Spibel an der Arbeit, um innerhalb
der S. P. D. Gewalttätigkeiten zu empfehlen. Die Aus-

schaltung der Gesamtorganisation wurde durch Erordnung,
sängnis und Schutzhaft erleichtert daher gerade die Arbeit
Spibel. Auch die von der S. P. D. aufgestellten Parteipro-
gramme seien rein politischer Art und ohne Gewaltanwendung ge-
wesen. Meher betonte weiter, dass die „Diktatur des Pro-
letariats“ ein politisches System der Herrschaft der Arbeit-
bedeute und keineswegs die Gewaltherrschaft eines
Rechts. Das wesentliche Merkmal der Diktatur des Pro-
letariats sei die Vereinigung der geschickten und reellen
Gewalt durch den Ausbau des Rätebundes.

Das Reichsmilitärgericht fasste die bereits in der „A. Z.“
wiedergegebene, unerhörte Entscheidung. Dass die Vor-
würfe der S. P. D. „nur“ mit Gewalt zu verwickeln seien, er-
gibt der Inhalt dieser Darlegungen, und zum Beweise dafür
das Gericht u. a. aus den nächsten wirtschaftlichen Forderungen
des Programms folgenden Abschnitt III, Punkt 5, „Konflikte
in aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an“
durch den Zentralrat festzusetzen ist. Diese Begründung charak-
terisiert besser als jeder Kommentar die reaktionäre Auffassung
des Reichsmilitärgerichts.

Dr. Meher ist wegen seines Lungenleidens Mitte Juni
kassationsfähig erklärt worden, nachdem der Gefängnisarzt
reits Anfang Mai die Ueberführung in ein Sanatorium be-
urteilt hatte. Dem Antrage des Arztes ist bis heute noch
nicht stattgegeben worden. Das Oberkommando macht diesmal
den Versuch, durch Hinzuziehung von Militärärzten des
des Gefängnisarztes von neuem zu „prüfen“. Da Meher
person ist und er aus eigener Erfahrung im Januar und
die Bedrohungen und Mißhandlungen in militärisch „beaufsich-
ten“ Anstalten kennt, hat er auch die Unterbringung in mili-
tärischen Krankenhäusern abgelehnt. Der Gefängnisarzt hat
reits Anfang Mai die Unterbringung Meyers in einem Sa-
natorium befürwortet; inzwischen ist die vom Arzt vorausge-
setzte Verschlimmerung des Gesundheitszustandes und Feststellung
eingetreten.

Bill das Oberkommando etwa auf einem andern Wege
Erfolg erreichen, der den Wabos des Herrn Anton Fischer
Januar dank dem Widerstande der Soldaten verlagert ist?

Die Vorgänge in Hannover.

Zu den Vorgängen in Hannover erfahren wir noch,
der kommandierende General bereits am Vormittag des 7. Juli
den Pressevertretern gegenüber die Drohung zum Ausdruck
gebracht hat, bei dem geringsten Anlaß die bereitstehenden Truppen
in die Stadt einzuziehen zu lassen. Tatsächlich ist aber nicht
geringste vorgekommen, der in Ruhe verkaufene Eisenbahn-
streik war beim Einmarsch der Truppen bereits beendet.

Am Abend des 7. Juli friedlich debattierende Arbeiter
und Bürger vor dem Hauptbahnhof standen, besetzte eine
angemessene Abteilung der Reichswehrtruppen den Platz
dem Gebäude. Ohne vorherige Warnung oder An-
forderung zum Auseinandergehen wurden
Schüsse in die Menschenmassen hinein abge-
geben. Eine größere Anzahl Personen wurde
verletzt. Soweit bis jetzt festgestellt wurde, blieben
Männer und eine Frau tot auf dem Platz. Das
achtjährige Kind der erschossenen Frau wurde
einen Kolbenschlag in den Rücken schwer verletzt.
Ein 13jähriges Mädchen erlitt ebenfalls
Kolbenschläge schwere Kopfverletzungen. Erst
diesem Vorgehen der Truppen drang die erbitterte Menge
der Warnung des Genossen Partels, in die Gefängnisse
um die politischen Gefangenen zu befreien. Auch bei dieser
Angelegenheit wurde von den Truppen auf das unbewaffnete
Volk geschossen. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt.
Die Schierelei der Reichswehrtruppen dauerte die ganze
Nacht. Die Verletzten wurden nachts in das Krankenhaus
gebracht. Am Mittwoch des 8. Juli
wurde das unabhängige „Volkrecht“ verboten. Der Redaktions-
Partels wurde aufgefordert, in das Polizeipräsidium
kommen, angeblich um dort Einsicht in das schriftliche Ver-
fahren zu nehmen. Er wurde dort gleich in Schuhhaft be-
halten.

Keine Entschuldigsummen für die Beamten. Wie
W. A. B. von zuständiger Stelle erklärt, ist die Nachricht, dass
Beamten im September eine neue Entschuldigsummen
gezeigt werden soll, unzutreffend. Die Regierung er-
wünscht vielmehr, dass sie die Notlage durch mißfame Maßnahmen
Verbesserung der Lebensmittel heben will.

Aus der Schuhhaft des Kommunisten.

Unser Schlimm ist ein Willensbader,
Mit ein tiefes „ich in alles fügen“.
Ungemach muß harte Schollen pflügen,
Wahrheit schafft als froher Furchenbader.

Trag in dir ein köstliches Gemüß
Auch im Leid! Wirf in den Schaufelbagger
Wirrer Rot die Schwärze; in unserm
Schöpfbecken du und trink aus vollen Krügen!

Wenn nicht Wolken welters, Winde wüten,
Blitz und Donner schreden, Regen rinnt,
Wie magst du der Seele Wachstum hüten?

Freudig dulden erntet Glüd und Sinn;
Stil des Friedens wunderblaue Blüte.
Und die Sonne sagt zu dir: Mein Kind!

Hanns Bruno Serfurth.

Confucius.

Fast zu derselben Zeit, da in dem Versäulter Trübel fast un-
bemerkbar, die Vertreter Chinas sich weigerten, einen Friedens-
vertrag zu unterzeichnen, der ihrem Lande die Schantungshal-
binsel, und damit das Schwertland ihres Weisen Konfuzius, über-
oder lateinisiert, wie wir ihn nennen, Confucius, raubt, da
sprach Karl August Wittfogel in der Reihe seiner chine-
sischen Abende in der Berliner Sezession über die Ideen-
welt dieses asiatischen Kulturträgers. Mit seinem melodischen
Organ gab Wittfogel in der Registrierung der Lehrgeschichte
Konfucius und seinen Schülern die ergreifende Plastik einer
3600 Jahre alten gaudigartigen Menschennatur. In einer Zeit,
da in Germaniens Gauen nur Schlachtenklang und Wardenfang
stimmte galt, da predigte in China der „Weise von Lu“ einer be-
geisterten Jüngerschaft die reine Menschengüte und Menschenliebe.
— Ein Mensch ohne Menschenliebe, was hilft ihm die Form,
ein Mensch ohne Menschenliebe, was hilft ihm die Kunst, so
sprach der Weise.

Wittfogel bestaunte die unraife Erkenntnis so vieler China-
kennner, wie sie sich selber nennen, Chinaforscher, wie sie
höchstens genannt werden dürften, die den großen Abgang eine
Mittelmaßigkeit nennen. Der Mann, der noch heute den einzigen
entscheidenden Einfluß auf das ganze chinesische Volk ausübt, er
war allerdings nicht das, was jene Europäer groß nennen mögen,
er war kein Staatsmann, er war auch kein Religionsstifter und
kein Philosoph, der aus einem Buch. Aber er brachte seinem
Land das Edle, er brachte ihm die Liebe und die Güte. Er
lehnte die Treue gegen sich selbst und die Güte gegen die
anderen. Gut sein zu den Guten und ebenso gut sein zu den
Nichtguten, das war seine Lehre.

Ein vollbeschriebener Saal, in dem viel junge deutsche Kunst zu
sehen war, dankte dem Vortragenden mit kühnem Beifall.

„Der Gias“.

Kind, das alte Deutschland lebt noch. Wer's nicht glaubt,
gahlt einen Taler und geht ins Friedrich-Wilhelmstädtische
Theater, alldo der „Gias“ noch immer sein selbgraues Spiel
treibt. Dieser „Gias“ pakt in den Frieden, wie der Noske in die
Revolution. Kehlt nur noch „Rabbing in Frankreich“. Oder der
unsterbliche Michel. Gott segne ihn. (Himmel, hast du keine
Blinte . . .)

Es ist alles noch da. Statt der im Kriege zwangsweise hin-
geführten Soldaten und Lazarettkranken (die so zum Durchhalten
gestärkt werden sollten) bilden jetzt Freiwilge der Artillerie
und Garde-Schützen-Division auf dieses verblühte Theaterpiel.
Oder auch Kriegesbeschädigte, sofern sie nicht an den Straßenecken
bis in die Nacht mit Streichhölzern, Zigaretten und anderen Kost-
barkeiten handeln oder den Leierkasten drehen, um ihr erbar-
munglos verkrüppeltes Leben zu fristen. Auf der Bühne —
erinnert auch — da sieht man im „Gias“ die Ruten wieder, wo
das „unbesiegbare“ Deutschland noch anderen Lohn verspricht. Wo
man sich mit den Herren Deutnants in französischen Schlössern
manig macht (und sich noch nichts von den Versailles Aus-
lieferungsbestimmungen träumen ließ).

Nun ist alles dahin. Mit dem Kriegsdrausch verfloß der Gias
und die Glorie. Na, die Spielleitung hat alle Hände voll zu tun,
die überpatriotischen Spektakel auszuräumen, Falschheit, Feig-

heit und Tüde auf französischer Seite und die bairische
stimmung der anderen nach Möglichkeit zu dämpfen. Aus
gebürdelt wird mir nichts dir nichts ein Kompagniestück.
Filmeinlagen, Zirkel Schupplattlerlängen, Hundebau für
komischen Boxkämpfen wird das Publikum zwischen durch
dem die Einweygerichte in Hofen: und Volkstümliche den
gehört haben, der verdammt viel, selbst dieses Gemengel der
nalen Gesessstimmung, Kirmes und — internationalen Ent-
nungsgelübde (nach der Niederlage), womit das Spiel in
notwendiger Umwandlung heute ausklingt. Noch verschöner
aber wäre es, wenn der betriebsame Herr Garbone sein
gutgemeintes Theaterunternehmen von allen selbgrauen He-
resten endlich ganz befreite und in den Dienst der Kunst
oder Kunst stellt. (Im Kräftigen scheint es ihm nicht zu
E. B.

Dostojewski's Leichter in Not. Die einzige 62jährige Tochter
des großen russischen Dichters Fedor Dostojewski, Jhuda
Dostojewski, lebt seit Beginn des Krieges in einem Schweizer Dörf-
chen in Not geraten. Sie arbeitet an einer umfangreichen Biographie
ihres Vaters, und wurde bisher von Landeuten unterstützt.
Jhuda Dostojewski hat sich an den tschechischen Schriftsteller
in Prag gewandt, mit dem Ersuchen um Unterstützung, und
der Verein „Rah“ leitet für die Tochter des Dichters der
Karamasof“ eine öffentliche Sammlung ein.

Aufruf an erwerbslose Künstler! Die Arbeiter-
stellung der „Genossenschaft sozialistischer Künstler“
in der Drogenstraße, Berlin, Kurfürstendamm 141,
am 12. Juli in diesen Räumen, um von dort in einen
Bezirk Groß-Berlins weitergeführt zu werden. Gemäß dem
Programm, auf dem Wege der Selbsthilfe den Künstlern vor-
geben, richtet die G. K. an alle erwerbslosen Künstler die
forderung, sich an den Wanderausstellungen der Genossenschaft
beteiligen. Es soll damit bezweckt werden, daß den erwerbs-
losen Künstlern in ihrem derzeitigen wurzellosen Dasein neben der
Dienstmöglichkeit auch die Freude an ihrer Arbeit erhalten
Die Beteiligung geschieht kostenlos. Ein selbstgewählter
der erwerbslosen Künstler soll in Gemeindefahrt mit den
der G. K. über die Qualität der auszustellenden Werke
scheiden. Gute und brauchbare Kunstblätter sollen im
durch die G. K. aufgelegt werden. Erwerbslose Künstler

Denunzianten.

Das wahre Gesicht des „Berliner Tageblatts“.

Som Genossen Benno Marx wird geschrieben:

In der Freitagabendnummer des „Berliner Tageblatts“ ist ein Artikel „Die Spagierkammer“ erschienen, der sich mit der Flucht meines Freundes Emons und mit meiner Person in einer mehr als merkwürdigen Weise befaßt. Das „B. T.“, das sich sonst in der Huterolle anständiger journalistischer Veröffentlichungen gefällt, bringt es fertig, aus der Rolle des demokratischen Wiedermannes herauszufallen, und mich der Staatsanwaltschaft wegen Verhinderung der Flucht von Emons zu denunzieren. Wenn dabei der Mann, dessen Feder diese bezeichnende Blüte journalistischen Anstandes entstammt, von Emons sagt, er sei nach seiner Rede im Lehrervereinssaal wieder in das Dunkel verschwunden, „das für Emons Persönlichkeit sich eignet“, so ist das einem Manne gegenüber, dem nichts anderes nachgesagt werden kann, als daß er unter Einwirkung seines Lebens revolutionäre Propaganda unter den fremdländischen Besatzungstruppen getrieben hat, eine ungläubliche Schmeichelei. Der betreffende Zeitungsjahresbericht unzweifelhaft nur mit dem Munde eingetreten sind, deren Vaterlandsliebe aber sich im Augenblicke persönlichen Einschleichen, des Handelns und der Tat, in feuchte Hosenbänder verwandelt. Aber vom sicheren Post aus liebliche Denunziationen an den Mann zu bringen und den politischen Gegner in jeder geeigneten Weise zu beschmutzen, dieses Handwerk liegt solcher Menschengattung aufgezeichnet.

Mit persönlich war von dem Austritt von Emons in jener Versammlung nichts bekannt. Ich war vielmehr von dessen plötzlichem Erscheinen — das ich übrigens für durchaus unklug halte — genau so überrascht wie die übrigen Versammlungsteilnehmer. Ich weiß weder, wie Emons in die Versammlung hinein, noch wie er hinausgekommen ist und habe deshalb auch gar nicht angenommen, daß meine Verhaftung wegen geleisteter Verdienste zur Flucht erfolgt sein könnte. In dieser Annahme habe ich mich auch nicht getäuelt; denn wie sich nachher bei meiner Vernehmung in Moabit herausstellte, hatten es die Beauftragten des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps lediglich auf meine Altemappe abgesehen, in der sie das von mir der Versammlung bekanntgegebene Telegramm, das Emons' Braut, die bis dahin von den Engländern verhaftet und im Siegburger Justizhaus saß, nach zwölfstündiger Verhandlung freigesprochen worden sei und sonstiges auf Emons bezügliche Material vermuteten. Jedoch ohne Erfolg.

Und nun kommt das „Berliner Tageblatt“ und macht die Staatsanwaltschaft scharf. Zunächst beginnt es mit der vollständig aus den Fingern gegangenen Behauptung, daß während der Rede Emons' der Saal gespart worden sei. Dann fährt das demokratische Wiedermannsblatt fort, sei es durchaus begreiflich, wenn die Behörden keine Neigung hätten, sich anbauend hinter Nicht führen zu lassen. Schließlich beginnt das „B. T.“ zu zeigen, daß es nicht nur scharfsinnig und zu Wägen, sondern auch mit außerordentlicher Virtuosität zu fälschen vermag. Es fälscht nämlich meine in den gestrigen Morgenblättern veröffentlichte Erklärung, in der ich gegen die Behauptung der Staatsanwaltschaft, der vor dem 30. Juni gegen mich angeblich ergangene Haftbefehl sei nicht „auf meine sozialen Bestrebungen, sondern auf eine private Angelegenheit zurückzuführen“, mit aller Entschiedenheit protestierte, in ihre Gegenteil um, so daß also der uneingeweihte Leser annehmen muß, ich selber habe erklärt, der Haftbefehl sei auf eine „private Angelegenheit“ (vielleicht Stehlen silberner Löffel usw.) zurückzuführen. Dann meint das „B. T.“ mit einem Säclein von Sachlichkeit, hinter der aber der Pferdeschuh der Dinterhelligkeit allzu deutlich hervortritt: „Die öffentlichen Angelegenheiten des Herrn Marx, seine Agitation, halten wir für sehr schädlich, seine privaten Angelegenheiten kennen wir nicht und sie interessieren uns einwirken auch nicht“, um dann mit der Bemerkung: „Tatsache bleibt, daß Emons nun, mit oder ohne Hilfe des Herrn Marx, aber doch jedenfalls dank dem Bestande, den die Leiter der Bankbeamtenversammlung ihm geleistet haben, weiter spazieren geht“, sein schärfstes Denunziantenglied zu verstreuen. Dann wird die U. S. P. D. als Zeugin dafür an-

gerufen, daß nach dem Friedensschluß keine neuen Konfliktstoffe geschaffen werden dürften. Hier steht das „B. T.“ mit wahrhaft demokratischer Absicht an der Tatsache vorbei, daß Emons' Agitation, die im November 1918 begann, bereits monatelang zurückliegt, also mit dem Friedensschluß gar nichts zu tun hat. Mit persönlichen Ausfällen gegen Emons schließt endlich der Artikel.

Es fällt nicht schwer, die Triebfeder dieses scheinbar sonderbaren Verhaltens des „B. T.“ aufzuzeigen. Das Kapitalistenblatt, das sonst seine arbeitnehmerfeindlichen Tendenzen geschickt zu maskieren versteht, hat jedenfalls auf einen Wink von interessierter Seite seine Karten doch etwas zu weit aufgedeckt. Mit welchem Recht wird Emons' verfolgt, dem man nichts weiter vorhalten kann, als die revolutionäre Propaganda unter den fremden Truppen? Seit wann ist es üblich, daß ein Staat seine Bürger, die sich im Kriegszustande dem Feinde gegenüber des Hochverrats schuldig gemacht haben, im Interesse und zum Nutzen des eigenen Landes, angelagert und verfolgt? Dieser Verhaftungsgrund war also nur Staffage, denn die Staatsanwaltschaft war und ist nicht in der Lage, weiteres Material gegen Emons zu beschaffen.

Der wahre Grund seiner Verhaftung und der mir zugeordneten Fürsorge scheidet sich jetzt für jeden, der die verschiedenen Presse-meldungen der Staatsanwaltschaft kennt, mit Klarheit heraus: Man wollte den zum 1. Juli erwarteten Generalkrieg im Bankgewerbe verhindern, indem man die gewerkschaftliche Organisation ihrer Führer beraubte.

Und nachdem jetzt die Bankbeamten, der zunächst der Schreck in die Glieder gefahren war, zu der Erkenntnis kommt, in ein wäghes Lügenweb hineingeraten zu sein, als dessen Urheber im letzten Grunde die beschämlichen, unsozialen Bankdirektoren verantwortlich zeichnen, bekommt es diese ganze kapitalistische Gesellschaft, deren Praxerei und Völlerei auf Kosten der darobenden Angestellten wahre Orgien feiert, mit der Angst zu tun vor der Saat, die sie in den Tagen seit dem 30. Juni gesät hat: deshalb müssen die letzten Reihen in den Kampf geworfen, deshalb muß sogar die scheinheilige demokratische Maske des „B. T.“ als letzter Trumpf im Spiel zurückgestreift werden.

Emons und Marx müssen unschuldig gemacht werden, ganz gleich auf welche Art, dann schaffen wir es, wir Sozialer im Bankgewerbe! So glauben sie. Aber sie werden sich täuschen. Mag man der demütigstrebenden Bankbeamten die Führer nehmen: es wird nichts nützen! Neue Kämpfer treten vor, die Masse marschiert! Und sie wird zum Ziel gelangen, allen Wäghesheiten zum Trost! Die nächsten Monate werden es zeigen.

Brennische Landesversammlung.

Anträge zum Etat des Innern.

Die Sitzung am Donnerstag wurde fast völlig von den Begründungen der zum Etat des Innern gestellten Anträge ausgefüllt. Ausgerechnet die Deutschnationalen, die Kommunisten der Parteipresse, der Kreisblätter usw., diejenigen Leute, die zur Unterdrückung des Kriegs die ungeheure Verwendung von Geld und Papier zu Propagandazwecken gebilligt haben, wandten sich in einem Antrag gegen die Verwendung von Staatsgeldern zu Parteipropaganda. Die Antragsteller erregten oft ungetriebene Heiterkeit, gefördert durch den glücklichen Sarkasmus des Genossen W. Hoffmann.

Genosse Mehrhof begründete unseren wiederholt gestellten Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Verhängung des Belagerungszustandes habe überall erst Unruhe hervorgerufen. Man solle die Ursachen der Erbitterung beseitigen, indem man den Lebensmittelhändlern und Schleichhändlern mit ebensolcher Energie auf die Finger klopfte, die man der von äußerster Not erregten Bevölkerung entgegensetze. Ueber das provozierende Vorgehen von Regierungstruppen führte der Redner als typisches Beispiel die Erfurter Vorgänge an.

Die Genossin John begründete unseren Antrag, durch den eine Weigerung in der Lage der Krankenschwestern und die Durchführung des Wachtendienstes für sie gefordert wird. Neben diesen Anträgen lag noch eine große Anzahl weiterer über die verschiedensten Materien vor, auf die bei der endgültigen Erledigung zurückzukommen sein wird.

Der Prozeß gegen Erich Mühsam und Genossen.

München, 10. Juli.

Im Laufe der weiteren Vernehmung wird von Zeugen bezeugt, daß sich in der Bewegung der Räterepublik eine Reihe von Leuten bemerkbar machte, die man nur als „politische Parvenus“ bezeichnen kann. Es seien Leute, die bis zum November der sozialistischen Bewegung ferngeblieben hätten. Besonders auffällig machte sich auch eine „Hosenjäger“ geltend.

Vernommen werden dann ein Feldwebel vom Nachkommando und ein Gefängniswärter des früheren Justizbaus, jetzigen Festungsgelände Eberach, in dem die politischen Gefangenen, die anlässlich der Räterepublik festgenommen sind, als Untersuchungsgefangene untergebracht worden waren, darunter auch die jetzigen Angeklagten. Die Jungen bezeugten, daß am 30. Mai zwei der Gefangenen freigelassen werden sollten. Die Jungen konnten beobachten, daß sie alsbald unter den Gefangenen eine große Bewegung geltend machte. Es fand von Stelle zu Stelle eine Verständigung statt und sie hörten, daß dem einen der zu Entlassenden gesagt wurde: „Wenn du mochtest nach München kommen, gehe überall hin“. Der Betreffende antwortete: „It schon recht, würde alles besorgen“. Dann viel einer der beiden: „Hoch lebe die Räterepublik“. Wieder mit der Regierung Hoffmann, hoch bedacht! Bedn die fünfzehn Gefangenen in den Rücken hinstimmen in den Hof ein. Bei der Entlassung rief der eine von ihnen: „Recht machen wir in München die zweite Revolution und bauen eine Dampfschifflinie, damit es schneller geht“.

Zeuge Anstatter Schuerritz war Kommandant der republikanischen Soldatenwehr. Er gibt an, daß er am 10. April eine Versammlung der Vorsitzenden der Münchener Garnisonsteilerufen hatte. In dieser Versammlung wurde der Antrag des Zeugen einstimmig angenommen auf Abhebung des Zentralrats und Verhaftung der Führer der Räterepublik und

Einführung einer Militärkammer,

bis die Verbindung mit der Regierung Hoffmann hergestellt sei. Nachdem der Zeuge aus der Versammlung weggegangen war, ist es jedoch auf Betreiben Müller und der Kommunisten gelungen, diese Beschlüsse wieder umzuwerfen.

Angeklagter Erich Mühsam: Mit dem Zeugen bekannt, daß unter der Schutzempfehlung und nach Erbach brachte, die Absicht bestand, und zu ermorden? — Zeuge: Nein, davon weiß ich nichts. Das ist auch nicht der Fall. Herr Mühsam kann froh sein, daß er damals verhaftet wurde, denn wenn es später geschehen wäre, hätten die Massen an ihm Anknüpfungspunkte. Wir hatten schon beim Transport alle Mühe, ihn vor der auf-

gegebenen Menge zu schützen, namentlich in Eberach. — Angeklagter Mühsam: Der Zeuge hat doch selbst die Leute auffordern müssen, daß sie dafür haften, daß es nicht geschehe. Es hat also offenbar ein Vorhaben bestanden. — Zeuge: Von einem Vorhaben ist gar keine Rede. Ich habe die Leute aufgefordert, dafür zu haften, daß dem Gefangenen nichts geschehe. Das besorgte ich aber nicht auf meine Leute, sondern auf das Publikum.

Der Zeuge Schuerritz befindet dann weiter: Wenn Stabskommandant Dürr energischer und fester aufgetreten wäre, und seine schaulustige Polizei aufgehalten hätte, wie wir es ihm wiederholt nahegelegt haben, dann wäre es ganz anders gekommen.

Der Zeuge Reuner war als Beauftragter des Volkswirtschaftsrates des Landesbundesrats im Kriegsministerium tätig. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium war eine zusammengewürfelte Gesellschaft vorhanden. Es befanden sich darunter junge Mädel und Buben von 19 bis 20 Jahren. Es hieß, es handle sich um eine unerbittliche Vernehmung für die Androhung der Räterepublik, aber Mühsam und Landauer waren schon in einem Nebenzimmer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt. Die Anhänger der Reichswehrpartei hielten eine Beratung ab und kamen überein, eine Kritik ins Land geschickt werden, um die Stimmung der Bevölkerung zu beeinflussen. Das wurde dann auch vereinbart. Es handelte sich lediglich darum, Zeit zu gewinnen. Der Zeuge hatte den seinen Eindruck in dieser Versammlung und auch aus privaten Überlegungen, die Militärminister Schneppenhörn vorher gemacht hatte, daß dieser unbedingt gegen die Räterepublik sei.

Ein Zeuge (B. T. a.), daß auf der ersten Ministerkonferenz der Räterepublik auch Mühsam als Minister vorgeschlagen war. Die Mitglieder des Volkswirtschaftsrates des Landesbundesrats wurden unter Drohungen der Verhaftung gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie auf dem Boden der kommunistisch-sozialistischen Räterepublik stehen und die Regierung Hoffmann nicht mehr anerkennen.

Vom Vorsitzenden wird angeregt, auf die Vernehmung des Militärministers Schneppenhörn zu verzichten. Die Verteidigung ist damit einverstanden. Der Staatsanwalt behält sich seine Erklärung noch vor.

Einem dritten Rahmen in der weiteren Beweisaufnahme nimmt die Stellung des Angeklagten Dr. Badler in der Frage der

Zwangsdemobilation belgischer Arbeiter

ein, die der Vorsitzende bei Beginn des Prozesses als schwer belastend für den Angeklagten bezeichnet hatte. Der Angeklagte hat darauf eine Reihe Zeugen laden lassen und legt erneut dar, daß seine ersten Berichte nicht der Auslieferung seiner eigenen inneren Überzeugung gewesen, sondern daß sie rein berichtend die Informationen wiedergegeben hätten, auf die er als Reuling in der Sache in Brüssel angewiesen war und die er von den mächtigen industriellen Bureau bekommen habe. Das industrielle Bureau sei die authentischste Stelle gewesen, die man sich denken könne, da sie das Organ des Arbeiters der Eisen- und Stahlindustrien von Meinen und Westfalen war. Er sei gezwungen gewesen, seine dienstlichen Pflichten nachzukommen und mußte auf die Wünsche eingehen, um die Interessen Bayerns zu wahren. — Vorsitzender: Zwingen konnte Sie doch niemand, derartige Berichte, die ihrer inneren Überzeugung widersprechen, zu schreiben. — Verteidiger Dr. Gänhler: Herr Kollege Badler, Sie können wohl sagen, daß Sie sich von den Großindustriellen haben einfeilen lassen? — Angeklagter Dr. Badler: Ich gebe das zu. Ich habe zuerst nicht bemerkt, daß ich Werkzeug war. Nachdem ich aber Erfahrungen hatte, habe ich einen ganz anderen Standpunkt eingenommen. Auch in der Unterwerfung italienischer Arbeiter habe ich mich auf den Standpunkt des freien Arbeitvertrages gestellt. — Vorsitzender: Bei den italienischen Arbeitern war von Zwangsarbeit auch keine Rede. Uebrigens habe ich nicht gefunden, daß die Herren im Industriebureau in Brüssel für die Übernahm der Zwangsdeportation waren. Ich habe ja auch mit ihnen zu tun gehabt. Ich jedenfalls hätte, wenn mir solche Zumutungen gemacht worden wären, gesagt: Was fällt Ihnen ein. — Verteidiger Dr. Gänhler: Ein junger Leutnant konnte aber einen solchen Standpunkt nicht einnehmen. — Vorsitzender: Ich war auch nur Hauptmann. Hätte mir das aber nie bieten lassen.

Sehr großes Aufsehen erregt die Aussage des folgenden Zeugen Rechtsanwalts Dinkelbühler, der als Hauptmann im Reichsbureau des bayerischen Kriegsministeriums tätig war. Dr. Badler hat eine Stellung eingenommen, die mir damals schon aufgefallen ist. Es bestand eine Anordnung, daß auf Grund des Kriegshandbuchs feindliche Ausländer die ihnen vertraulich obliegenden Pflichten nicht bewerkstelligen dürften, andererseits sie zu belästigen seien. Es war also das Streikrecht bei den ausländischen Arbeitern untersagt. Dr. Badler vertritt die Meinung, daß es im Kriegszustand im Interesse Bayerns liegt, wenn die Leute belästigt würden, nach Maßgabe dieser Bestimmungen. Ich habe mich dabei gewundert, als ich sah, daß Dr. Badler im Frühjahr 1919 so eifrig für die Diktatur des Völkerrats eintritt. Es ist mir schwer, zu der Annahme zu kommen, daß man in einem halben Jahre so vollständig aus innerer Überzeugung seine Einstellung wechseln kann. Ich habe das Eintreten Badlers früher, von dessen Ehrlichkeit ich überzeugt war, und sein jetziges Auftreten als innern Widerspruch empfunden, der mir unerklärlich war. Die erste Revolution im November erschien mir verständlich, auch die zweite nach der Ermordung Widners fand ich begreiflich. Diese dritte Revolution erschien mir aber maßlos und verbrecherisch und in ihr sah ich eine führende Rolle eingenommen. Das habe ich für etwas Unerhörtes gehalten. Da erschien es mir nachher, diesen Widerspruch in die Öffentlichkeit zu bringen, damit man erlaube, welche Einschränkung Dr. Badler vorher gehabt hat. Nach Rücksprache bin ich dann zur „München Post“ gegangen und habe neben, einen Artikel zu veröffentlichen, in dem rein objektiv diese Tatsachen festgelegt wurden. Ich sagte, daß ich das Streikrecht zu den Arbeitern habe, daß sie dadurch zur Bestimmung kommen könnten. Ich erhielt die Antwort, daß die Massen nicht mehr zu halten seien;

die Sache sei ihnen aus den Händen geglitten.

Ich hatte damals noch den Glauben gehabt, daß die politische Vorgabe durch die sozialistische und gewerkschaftliche Beteiligung auch auf die Arbeiter nachwirken würde. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Führer allein waren. — Auf die Frage des Verteidigers Dr. Gänhler, ob er bestimmte Fälle im Auge habe, erklärt der Zeuge, daß verschiedene Beschwerden vorgelegen hätten. Es hätten sich in Ludwigshafen die Arbeiter angewert, um Arbeit zu geben und seien nach Mannheim in hinübergekommen. Das Kriegsministerium berichtete nach Brüssel, daß es die Absicht habe, die Arbeiter in die Heimat abzuschieben. Darauf erklärte Dr. Badler, daß man das nicht tun solle. Diese belgischen Arbeiter hätten kein Streikrecht. Man solle sie nach dem Kriegshandbuchs bestrafen, sonst würden sich solche Fälle häufen.

Angeklagter Dr. Badler: Ich habe nicht aus eigenem Antriebe gehandelt, sondern auf Wunsch der Abteilung für Handel und Gewerbe in Brüssel, die diese Regelung verlangte. Man drohte mir, wenn es nicht so ginge, würde Bayern keine Arbeiter mehr zugelassen werden. Angeklagter Mühsam: Schon Anfang dieses Jahres waren Berichte über diesen Art im Umlauf. Dr. Badler gab uns gegenüber offen zu, daß er bei Kriegsausbruch sich habe von der Kriegsbereitstellung mitziehen lassen. Er sei erst allmählich zu seiner jetzigen Auffassung gekommen. Ich war mit meinem Freunde Landauer der Ansicht, daß wir ihm einstimmig Generalamnestie zu geben hätten. 1914 haben wir gesehen, wie die rabulischen Sozialisten glühende Patrioten wur-

den und im November wurden die nationalsozialistischen Parteimitglieder... lokale Sozialisten, Vorführer: Waren diese Eingekerkerten... Ihnen schon bekannt? — Angelegter Mühsam: Nein, aber das ändert nichts an der Sache. Das alles fällt unter die Kriegspropaganda, die herangezogen wurde durch die Disziplinären Maßregeln.

Nach einigen unbestimmten weiteren Freigabeversuchen wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Sitzung wurde auf Freitag, 9 1/2 Uhr, verlegt. Es beginnt dann der Staatsanwalt.

Aus der Partei.

Erfolge unserer Partei.

In Gießen bei Kapfberg hatten bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Rechtssozialisten fast zweitausend Stimmen erhalten, während es unsere Partei damals nur auf sechs Wähler gebracht hatte. Inzwischen haben sich dort die Verhältnisse derart gewandelt, daß bei den jetzigen Arbeiterwahlen die Unabhängigen Sozialdemokraten weit über 1000 Stimmen und bedeutend mehr als die einstmal dort allmächtigen Rechtssozialisten aufbrachten.

In Clausthal bei Riesa in Sachsen waren bisher die Organisationen der Rechtssozialisten und der Unabhängigen etwa gleich stark. Bei einer Mitgliederversammlung der Rechtssozialisten, die dieser Tage stattfand, wurde nach reiflicher Aussprache mit allen gegen nur drei Stimmen beschlossen, insgesamt zur U.S.D. überzutreten. Auch aus den übrigen Orten des Bezirkes sind, wie gemeldet wird, solche Gesamtabstimmungen zu unserer Partei zu erwarten.

Gewerkschaftliches.

Tarifverhandlungen mit den städtischen Arbeitern im Berliner Rathaus.

Am Mittwoch, vormittags 9 Uhr, trafen im Berliner Rathaus die Vertreter der Gemeinden Groß-Berlins mit den Vertretern der städtischen Arbeiter zusammen, um über die Anträge der Arbeiter über Erhöhung der Löhne und Verlängerung des Tarifvertrages zu beraten. Zur Zeit bestehen für die städtischen Arbeiter drei Lohngruppen, deren jede wiederum in 7 bis 12 Lohnklassen gegliedert ist. Der Antrag der Arbeiter, in Zukunft nur noch eine Lohngruppe, die aus etwa 10 bis 12 Lohnklassen bestehen soll, zu führen, wurde nach längerer Beratung angenommen. Es werden demnach in allen Betrieben, also auch in den Kranken- und Pflegeanstalten, die gleichen Lohnsätze gewährt, allerdings werden dann die in diesen Betrieben für Kost, Kleidung, Wohnung usw. in Anrechnung kommenden Beträge eine Erhöhung erfahren.

Keine Einigung wurde erzielt über die allgemeine Erhöhung der Lohnsätze. Herr Stadtrat Dr. Seck gab vielmehr im Namen der Gemeindevorstände die Erklärung ab, daß die Gemeinden sich außerstande sähen, die gestellten Forderungen zu bewilligen, die allein für die Gaswerke der Stadt Berlin eine neue Belastung von 18 Millionen Mark und demnach für sämtliche städtischen Arbeiter Berlins nahezu den dreifachen Betrag erfordern müßte. Die Gemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß jetzt mit weiteren Lohnsteigerungen halt gemacht werden müsse; sie erklärten sich bereit, die jetzigen Lohnsätze noch bis zum 1. Oktober weiter zu wahren, obwohl eine Senkung der Warenpreise jetzt ernstlich herbeigeführt werde.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes Friedrich Müntzer, richtete an die Gemeindevorstände die Frage, ob das ihr letztes Wort in dieser Angelegenheit sei. Würde diese Frage bejaht, dann haben weitere Verhandlungen an dieser Stelle keinen Zweck, da der Abstand zu groß sei, um zu einer Verständigung zu gelangen. Müntzer beantragte zugleich im Namen der Arbeiter die Angelegenheit sofort dem Zentral-Ausschuß zu unterbreiten, der in kürzester Zeit zusammenzutreten und zu entscheiden haben werde. Die Gemeindevorstände erklärten nunmehr auch ihrerseits den Zentral-Ausschuß behufs Schlichtung anzurufen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist die Anrufung dieser Instanz sofort erfolgt und dürften die Verhandlungen dortselbst baldigst beginnen.

Einige Anträge, die nicht von den Organisationsinstanzen, sondern nur von einigen Arbeitergruppen oder Versammlungen gestellt wurden, kamen nicht zur Verhandlung, weil die Vertreter der Gemeinden erklärten, nur über Anträge und Forderungen zu verhandeln, die von der Gesamtheit der Organisation gestellt und genehmigt werden.

Wir hoffen, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Verständigung erzielt wird.

Ein Bürokrat, der auf Verfügungen des Ministers weist, ist der Leiter der Reichsbediensteltungsstelle, Herr Haack. Wir konnten kürzlich mitteilen, daß der Obmann der Reichsbediensteltungsstelle, Herr Dr. Kaplan, auf Verfügung des Reichswirtschaftsministers wieder in die Reichsbediensteltungsstelle eingestellt werden sollte. Jetzt weigert sich der Leiter der Reichsbediensteltungsstelle, Herr Oberregierungsrat Haack, die Willkür dieser Verfügung des Reichswirtschaftsministers anzuerkennen. Dieser Bürokrat erweist sich also, auf die Verfügungen der Ministerien zu pochen. Die Reichsregierung wird diesen Herrn schleunigst zur Reife zu bringen haben, besser noch werden es die von ihm drangsalieren Angestellten tun können.

Deutscher Bauarbeiterverband (Berlin). Die in allen Bezirksversammlungen Sonntag, den 15. Juni d. J., vorgenommene Wahlen der Vereinsleitung und der in einigen Abteilungen notwendig gewordenen Stichwahl am 2. Juli zeitigten folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Emil Thöns, Stellvertreter: Paul Kaiser, Kassierer: Aug. Warlenberg, Stellvertreter: Gustav Duffe, Schriftführer: Karl Schiele, Stellvertreter: Karl Lornow, Angestellter: Robert Heiditz, Kassierer: Karl Berger, Hermann Vallentin und Franz Schulz. Als Sektionsleiter der Gipf- und Zementwerke wurde Max Schubert gewählt.

Groß-Berlin.

Die neuen Gemeindesteuern.

Die neue Staffelung der Gemeindesteuer läßt die unteren Einkommen teils frei, teils werden sie geringer herangezogen, während alle Einkommen über 6500 M. aufwärts in steigendem Maße für die Kommunalbesteuerung herangezogen werden. Dazu kommt, daß der Zuschlag nicht mehr 200 Prozent, sondern auf 300 Prozent hat erhöht werden müssen. Diese Erhöhung ist, wie wir mitgeteilt haben, notwendig geworden infolge der erhöhten Ausgaben für Gehälter an Beamte, Lehrer und Hilfskräfte. Diese Ausgaben belaufen sich auf 26 Millionen, die als eine Abschlagszahlung auf die kommende Gehaltsregelung erfolgen. Jetzt soll die Deckung erfolgen. Da andere Einkommensquellen der Stadt nicht zur Verfügung stehen, bleibt kein anderer Weg, als die Erhöhung des Kommunalsteuernachschlages übrig. Was auf der einen Seite ausgegeben wird, muß auf der andern Seite das Publikum bezahlen.

Nach den Vorschlägen des Magistrats würden die Veränderungen der Gemeindesteuer für die Einkommen bis zu 8000 M. nach einer Berechnung in der „Börsigen Zeitung“ sich folgendermaßen gestalten:

Einkommen	Gemeindesteuer	
	1919	1918
von mehr als — M. bis 1500	frei	bis 900 M. frei von 900—1500 M. Einkommen 10.50—28 M.
1500	1650	36.75
1650	1800	45.50
1800	2100	54.25
2100	2400	63.00
2400	2700	71.75
2700	3000	80.50
3000	3300	89.25
3300	3600	98.00
3600	3900	106.75
3900	4200	115.50
4200	4500	124.25
4500	5000	147.00
5000	5500	170.00
5500	6000	193.00
6000	6500	216.00
6500	7000	239.00
7000	7500	262.00
7500	8000	285.00
usw.		

Die Beamten, Lehrer u. a. wollten durchaus sogenannte Entschuldungssummen haben, nicht aber Vorläufe unter späterer Anrechnung auf ihr Gehalt, wie das die städtische Behörde beschloffen habe. Die Stadtverordnetenversammlung steht auf dem Standpunkt, daß Entschuldungssummen in Zukunft grundsätzlich nicht mehr gezahlt werden sollen, weil das keine gesunde Finanzpolitik ist. Richtiger ist, daß alle Beamten und Angestellten und Arbeiter eine angemessene Entlohnung erhalten müssen. Weder Entschuldungssummen, die schon wiederholt gezahlt wurden, noch andere besondere Zulagen oder Gratifikationen sind ein Maßstab für die Bezahlung der Tätigkeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter. In dieser Richtung soll sich auch die in Arbeit befindliche Befolgsreform bewegen.

Der Verkehrsstreik.

Durch den wieder aufgenommenen Stadtbahnbetrieb ist die Verkehrsnot natürlich noch nicht behoben. Die Fahrt auf der Stadtbahn ist nicht ohne Gefahren verknüpft.

Die von der bürgerlichen Presse täglich verbreiteten Meldungen von einem Abflauen der Kampfbestimmung der Streikenden werden durch die Tatsachen Lügen gestraft. Die ausständigen Straßenbahner verharren mit ungebrochener Zähigkeit im Streik.

Eine stark besuchte Versammlung des Bureau- und Meisterpersonals der Hochbahngesellschaft faßte gestern mit großer Majorität folgende Entschlüsse:

Das heute versammelte Bureau- und Meisterpersonal der Hochbahngesellschaft erklärt, die bisher treu geübte Solidarität weiter aufrecht zu erhalten. Sie protestiert gleichzeitig mit aller Schärfe gegen die durch ein Telegramm des B. L. V. vorbereitete Absicht der Regierung, den Verkehrsunternehmungen durch die Aufsichtsbehörden das Recht zu geben, die Streikenden zur Arbeitsaufnahme zu zwingen.

Nachdem dem Wege der Verhandlung wird die Verkehrskalamität, unter der die Berliner Bevölkerung nun fast zwei Wochen zu leiden hat, beseitigt werden können. Alle verantwortlichen Stellen müssen ihre ganze Kraft einsetzen, daß endlich dieser einzige Ausweg aus dem Dilemma beschritten wird.

Protest gegen den Streikbruch.

Uns wird geschrieben:

Die „Neue Zeitung“ meldet, daß die Arbeitsstelle der Groß-Berliner Studentenschaft mit der Verwaltung der Stadtbahn in Verhandlungen eingetreten sei, um den Verkehr mit Hilfe von technisch vorgebildeten Studenten wieder auszunehmen. Eine Arbeitsstelle der Groß-Berliner Studentenschaft existiert nicht. Die Arbeitsstelle Berliner Studenten ist ein privates Unternehmen und nicht befugt, im Namen der Berliner Studentenschaft zu sprechen. Die Berliner Studentenschaft ist nicht um ihre Dienste gebeten worden und lehnt es ab, ohne Genehmigung der zuständigen Behörden die Rolle als Streikbrecher zu spielen. Die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Studentenschaft setzt Wert darauf, nicht mit der Arbeitsstelle ver-

unter Studenten demwehelt zu werden, für deren Unternehmungen sie keine Verantwortlichkeit übernehmen kann.

Die Aufhebung oder Abänderung der Bestimmung der Sammelbezugs- und Warmwasser-versorgungsanlagen in räumen vom 22. Juni 1919 verlangen der Zentralrat der kommunale Ausschuss des Volksgesetzes von Groß-Berlin, aber die Schiedsstellen bereits durch Anträge der Vermieter in Anspruch genommen werden und eine große Deutungsangung der Richter eingetreten ist, so wird es notwendig, daß die Schiedsstellen derartige Anträge vorläufig nicht zur Verhandlung bringen, sondern zunächst die Entscheidung der Regierung abwarten.

Der Zentralrat und der kommunale Ausschuss des Volksgesetzes von Groß-Berlin stellen sich auf den Standpunkt, daß die Verträge, die vor dem 2. November 1917 abgeschlossen worden sind, für eine Steigerung überhaupt in Frage kommen können. Auch bei solchen Verträgen, die die Mehrvergrößerung für die angehobenen Heizstoffpreise gefordert von dem Mietzins nach Abzug des Mietzinses festgesetzt werden. Die Steigerung der Heizkosten darf in keinem Falle auf die Mieter allein abgewälzt werden; sie müßte aber nach Aufhebung des Zentralrats und des kommunalen Ausschusses des Volksgesetzes von Groß-Berlin wieder zur Aufhebung gelangen, wenn der Mieter unter 5 M. pro Zentner Gaslohn fünf. Eine Steigerung muß aufgeschlüsselt sein bei Mieträumen, deren Jahresmietzins zum 2. November 1917 in Groß-Berlin weniger als 2000 M. in Städten von 20—50 000 Einwohnern weniger als 1500 M. in Städten unter 20 000 Einwohnern weniger als 1200 M. betrug.

Chemalige Angehörige der Republikanischen Selbstwehr, die infolge Auflösung dieser Formation im Mai d. J. ausgedient sind und noch glauben, Rückstandsforderungen an Familienunterstützung zu haben, können am Mittwoch, den 18. d. M., ihren noch ausstehenden Beträge unter Vorlegung ihrer Entlassungsscheine (von der R. S. W. und vom Feldherr) bei den zuständigen Unterstützungsstellen in Empfang nehmen. — Die Zeit im März infolge der Unruhen aus der R. S. W. ausgeschiedenen und bis zum 17. März gelisteten Mannschaften erfolgen in Kürze ihren Auszahlungstermin.

Ein altes Lied. Ein junger Genosse, der bei der Firma Platten u. Co. eingestellt werden sollte, wurde abgewiesen, als der Chef hörte, daß er in der „Freien Jugend“ tätig sei. Die sei ja eine abhängige! Einen Rechtssozialisten würde er ja als abhängig noch als Arbeiter annehmen. Aber einen Unabhängigen — nein, das wäre ja schändlich.

Der Mann will sich hier als den Brotherrn seiner Arbeiter aufspielen. Dabei sind es doch die Arbeiter, denen er seine Existenz verdankt. Man sieht, die Herren Unternehmer sind noch immer die alten.

Aus dem Gemeindeleben.

Heinersdorf. Unser Ortsparlament war bis zur Revolution sozialistenrein. Bei der letzten Gemeindevahl gelang es von groß Eifer vier zu erobern. Natürlich wird es unter den Genossen nicht leicht gemacht, selbst beschriebene Reformen durchzuführen. Ein von unsern Genossen angeregter Beschluß, Schülern die Lehrmittel frei zu liefern, gelangte nicht zur Ausführung, weil eine kaufmännische Kraft dazu erforderlich war. Dabei handelt es sich nur um 120 Schülern, für die der Lehrer und eine Lehrerin angestellt sind. Aber auf anderem Wege ist die Gemeindevorstellung trat er energisch dafür ein, der Arbeitererrat sofort befristet werde. Sämtliche bürgerliche Vertreter stimmten dem Antrage zu. Und mit diesen Bürgerlichen haben sich die Rechtssozialisten bei der Gemeindevahl verbündet. Die Einwohnerwahl nahm in einer öffentlichen Versammlung der Abwägung des Arbeiterrats Stellung. Den Herren Bürgern wurde man die Verleumdung gesagt. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, gegen die Abhebung des Arbeiterrats zu protestieren, ihm Vertrauen auszusprechen und weitere Schritte in dieser Angelegenheit vorzubereiten.

Nahlfeld. Bei der Schöffenvwahl wurden gewählt: Der (H. S. B.), Schmidt (S. B. D.), Henkel (Deutschnat.), mit haben die sozialistischen Parteien in der Gemeindevorstellung mit 10 Stimmen die Mehrheit gegenüber den Rechtsparteien erlangt, die nur über acht Stimmen verfügen. Trotzdem gelang den Bürgerlichen bei der Gemeindevorstellung ihren Kandidaten durchzuführen, da die Rechtssozialisten Schumann und Beitz durch Abwesenheit glänzten. Sie haben dadurch die Wahl ihrer eigenen Kandidaten verhindert. Durch eine unbegreifliche Unfähigkeit des bisherigen kommissarischen Gemeindevorstandes der Gemeinde um 20 000 M. geschädigt worden, die einen neuen zugezogenen Lebensmittelhändler einen Kredit in dieser Höhe gewährte.

Hohen-Neuenhof. Die bürgerlichen Gemeindevorsteher schloß sich der beiden nach dem Klassenwahlrecht gewählten Schöffen stellen in der Gemeindevorstellung am 24. Juni den Antrag, den Arbeitererrat abzuwürgen. Die Arbeiterchaft war gewillt, dies Unterfangen ohne Protest hinzunehmen. Trotz einmütigen Kundgebung einer öffentlichen Versammlung die Weiterexistenz des Arbeiterrats gaben die Herren Bürgerlichen ihren Standpunkt nicht auf. Die herausfordernde Art der Gemeindevorsteher Beitz, der den Antrag begründete, erregte den stärksten Unwillen der jährlich versammelten Arbeiterchaft. Die Erregung steigerte sich dermaßen, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rabold, Berlin. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Eintrachtverlag und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Ledebour

Das 21. bis 30. Tausend ist soeben erschienen!

Preis 75 Pfennig

Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 10.

6. Wahlkreis
8. Abteilung Bezirk 809.
Am Dienstag, den 8. Juli, verstarb unser Genosse, der Schankwirt **Paul Paezelt**, Grönländer Str. 30. Ihre seltsamen Andenken. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr im Krematorium, Gertrichstr. 30-31 statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verkäufe
Lötzinn
groß Posten bill. Anfr. Meitz-Platz 44/9. Vorm. 10-12 Uhr.
Bienen, geschmackvoll, unter Fabrikpreis, noch so lange Vorrat, verkauft per Stück 3.00. Loose abhandeln. Vogt, Neukölln, Leanastr. 25.
Diplomatische-Schreibmaschinen, zu verkaufen. Hermann, Arndstr. 29.
Piano und Flügel
Harmontium, neue, gebraucht, sehr preiswert. Seydler, Oranienplatz 21.

Kaufgesuche
Holzschrauben u. andere kauft Lehmann, Spandauer Brücke 9.
Alte Grammophonplatten und Phonographenwandler, auch Bruch, kauft per K. 30. Loose abhandeln. Vogt, Neukölln, Leanastr. 25.
Kaufte Wertpapiere, Briefmarken, Schminke, Kosmetika, Karl Haas, W. Trautner Str. 27.
Nr. 1. „Rote Fahne“ 1918 kauft bei jeden Preis Chemist, Ostseebad Graef, Parkstr. 2.
Spiralbohrer, königliche große Posten, kauft Maritz, Löwenstr. 2 III.

Verschiedenes
Brennholz trocken!!
Jetzt beste Zeit zum Eindecken für den Winter, hat 10 Ztr. liefert billigst frei Haus.
Schreibers-Relingroßhandlung
Berlin-Reinickendorf - Ost, Waldseeerstrasse 29/24.
Fernspr. Reinickendorf 338.
Dauerwische wird auskaut bei jeden Preis gebessert, vergrößert, verkauft. G. G. Reichensberger Str. 7 Born, (Kottbuser Tor), Fernspr. Reichsch. Mpl. 14365.

Wilmersdorf!
Seit 1. Juli befindet sich unsere Expedition beim Genossen **Nessler, Hindenburgstr. 34.** Dieselbe wird unsere Zeitung täglich zweimal durch Botenfrauen liefern.
20 Mk. und Lebensmittel dem Wiederbringer schwarzer Mappe m. persönl. Papieren (J. Meyer), Osternabend, Siedebahn Zoo-Friedrichstr., v. Kriegsbesch. Hosen gel. Abzugeh. „Freiheit“, Schiffbauerdamm 10, III.
Schlafwand entlasten: neues Sternensystem, Gosen hohe Belohnung abzugeben. Schreiber, Malackstr. 23.

Sie können viel Geld sparen, dabei schick und elegant gekleidet gehen, wenn Sie Ihren Bedarf in Anzügen und Sport-Paletots bei mir decken. Gehen Sie wegen Rückzahlung des Leihens zu engem Preise vom 100,- an ab. Die Sachen haben durchweg erstklassige Verarbeitung.
JULIUS KAPPLER
Neue Königstr. 68 I. — Verkaufzeit 9—1 Uhr. —
III Geld III
für jede Wertsache. Höchste Ankaufpreise I. Pfandschätze, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Uhr.

Arbeitsmarkt
Kartons- und Arbeiterin
geht auf Zigarettenkartons, stellt ein
Zigarettenfabrik, Wangest-Berlin, Kastanien-Allee 12.
Straßenhändler
hohen Verdienst
Manovill, Alexanderstr. 35, I.
Laußburschen, 15 Jahre
sucht bei jedem Lohn Cigarrenhaus Wallstr. 8a.

Großen
haben selbst
Kleinen Anzeigen
in der „Freiheit“